

Pressestimmen

KRIEG IN SYRIEN

Frankfurter Allgemeine

„Feuer“ Von den vielen Trennlinien in Syrien ist die zwischen Russland und der Türkei die gefährlichste. Noch immer wirkt der 24. November nach, als die Türkei ein russisches Kampfflugzeug abgeschossen hat. Kremlchef Putin ist mit seiner Strafaktion gegen den türkischen Präsidenten Erdogan noch nicht am Ende. So haben russische Kampfflugzeuge den Nachschub für die Rebellen aus der Türkei unterbrochen; davon profitiert haben die syrischen Kurden. Nun droht das NATO-Land Türkei mit einem Vorstoß nach Syrien. Das wäre ein Spiel mit dem Feuer.

FAZ, Frankfurt

Frankfurter Rundschau

„Kriegsziele“ Es wird immer wahrscheinlicher, dass bald nur noch zwei Kriegsparteien übrig bleiben. Zum einen die Armee von Diktator Baschar al-Assad, zum anderen die Terrormilizen des „Islamischen Staates“. Diese Entwicklung gefährdet Kriegsziele des Westens.

Frankfurter Rundschau, Frankfurt

Kalenderblatt



DAS GESCHAH AM ...

17. Februar

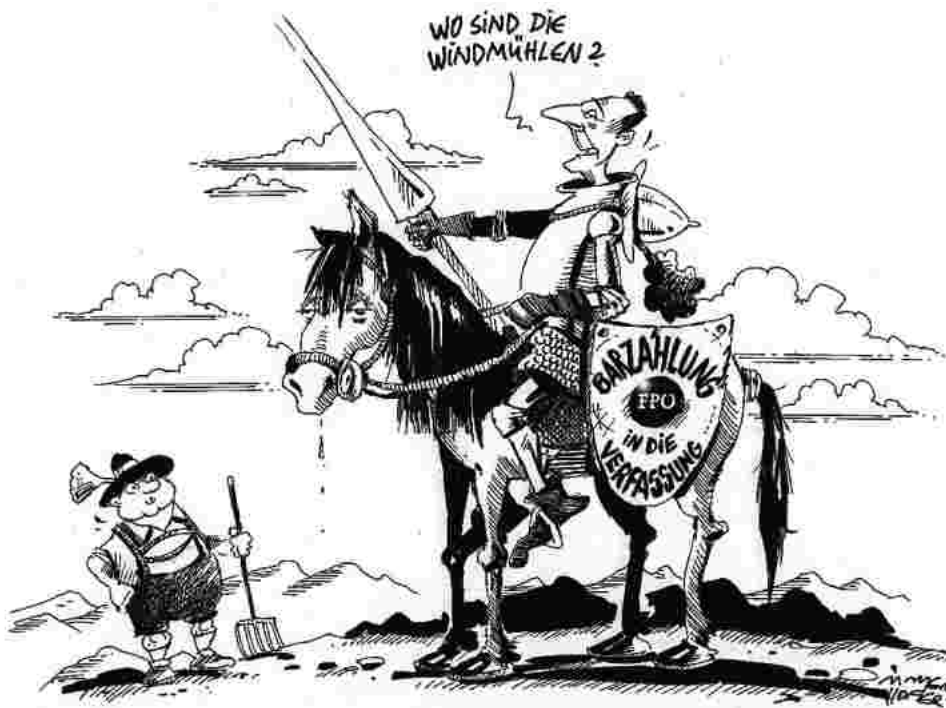
1801: Thomas Jefferson wird dritter Präsident der USA. Jefferson ist der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung.

2001: Schwere Luftangriffe US-amerikanischer und britischer Kampfflugzeuge auf den Irak lösen scharfe internationale Kritik aus.

2006: Die Immoeast gibt die bisher größte Kapitalerhöhung an der Wiener Börse bekannt. Die Osttochter der Immofinanz holt sich noch im Frühjahr rund drei Milliarden Euro über die Börse.

LESERBRIEFE

Lesermeinungen finden Sie auf der Leserdialoageite (Seite 17) und im Internet auf: nachrichten.at/leserbrieft



Don Strachotte

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Khalaf Ahmad Al Habtoor

Das Imperial zum Drüberstreuen

Von Susanne Dickstein

Die 78,8 Millionen US-Dollar (70,6 Millionen Euro), die Khalaf Ahmad Al Habtoor für das Wiener Imperial bezahlt hat, kann er aus der Portokassa nehmen. Der neue Eigentümer des Luxushotels am Körntner Ring ist einer der reichsten Menschen der Vereinigten Arabischen Emirate (Seite 7).

In einem Interview sagte der 65-Jährige gestern, er habe das Fünf-Sterne-Haus nicht gekauft, um Geld zu machen, sondern um etwas in dieser schönen Stadt zu besitzen: „Ich erwarte nicht, dass es mich reich macht.“ Das ist auch gar nicht mehr notwendig, denn Al Habtoor ist Self-Made-Milliardär. Sein Aufstieg ist untrennbar mit jenem des Emirats Dubai verknüpft. Al Habtoor hat sich in den 1970er-Jahren mit einem Bauunternehmen selbstständig gemacht und den Bauboom in Dubai wesentlich gestaltet. Prestigebauten wie das markante Hotel Burj Al Arab wurden von seiner Baufirma errichtet, die sich mit den Jahren zu einem Imperium auswuchs. Die Al-Habtoor-Gruppe beschäftigt heute mehr als 40.000 Mitarbeiter und ist neben dem Immobiliengeschäft unter anderem auch im Tourismus und im Autohandel tätig.

Das Nobelhotel Imperial, das er der US-Hotelkette Starwood abgekauft hat, passt gut in Al Habtoors Firmengruppe. Es ist auch nicht das erste Mal, dass der sechsfache Vater bei einem Luxushotel in Europa zugeschlagen hat. Das Hilton London Wembley und das „Le Meridien“ in Budapest sind in seinem Besitz. Bei seinen Wien-Besuchen habe er stets im Imperial genächtigt und sich in das geschichtsträchtige Gebäude verliebt. Das Hotel sei wie



Der Milliardär Khalaf Ahmad Al Habtoor hat das Wiener Luxushotel Imperial gekauft. Foto: APA

ein königlicher Palast. Dass sich Al Habtoor mit Palästen auskennt, davon kann man sich in einem YouTube-Video überzeugen. Anlässlich des vierzigjährigen Firmenjubiläums gewährte er einem Kamerateam Einblick in sein Luxusleben. Während der Milliardär über seine Frühstücksgewohnheiten, seine Arbeit und sein soziales Engagement philosophiert, bewegt er sich in Räumen, die dem Imperial an Pomp und Prunk um nichts nachstehen.

Leitartikel

Von Wolfgang Braun



Der Geist Europas, wie lange trägt er noch?

Eine „zweite Verteidigungslinie“ gegen die Flüchtlinge forderte Montagabend der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán beim Treffen der sogenannten Visegrad-Staaten (Ungarn, Tschechien, Slowakei und Polen) in Prag.

Orbán will weitere Grenzbefestigungen und so die Flüchtlingsströme von Europa fernhalten. Dass er dabei Begriffe aus der Kriegsrhetorik verwendet, geschieht nicht ohne Kalkül. Der mit diktatorischen Zügen regierende Ungar predigt die Abschottung und trifft damit eine Stimmung in Europa, die immer mehr Bürger erfasst. Für die FPÖ, die deutsche AfD, Le Pen in Frankreich und andere rechtspopulistische Bewegungen in Europa ist Orbán ein Bruder im Geist. Sie sehen das Heil Europas in der Rückkehr zum überwunden geglaubten Nationalismus.

Orbán oder Merkel - die EU steht vor einer historischen Entscheidung

Die Ergebnisse sind bereits überall zu berücksichtigen, in Spielfeld und künftig auch wieder an der Brenner-Grenze. Weil die EU-Mitglieder an einer gemeinsamen Strategie in der Flüchtlingsfrage scheiterten, müssen die Staaten nun Notlösungen schaffen und Grenzen wieder errichten, wo sie vor Jahren mit Stolz und Freude beseitigt wurden. Das ist ein Jammer, weil es wider den europäischen Geist ist.

Dieser Geist der westlichen, liberalen und demokratischen Welt war es, unter dem die kommunistischen Diktaturen in Osteuropa und damit der Eisener Vorhang zusammengebrochen sind. Bitter, dass ausgerechnet jene Länder, die dadurch Freiheit und Wohlstand gewonnen haben, nun seit Monaten eine EU-weite Lösung der Flüchtlingskrise torpedieren, sich jeder verpflichtenden Aufnahmequote verweigern und das Problem damit verschärfen. Lech Walesa, Vaclav Havel und Jozsef Antall haben das Visegrad-Bündnis vor 25 Jahren ins Leben gerufen, um ihre Staaten in Europa zu integrieren. Ihre Erben arbeiten nun am Bruch Europas.

Die Flüchtlingskrise ist nicht die erste kritische Phase, die die Europäische Union zu bewältigen hat. Schon oft stand man an der Kippe, schienen gegenläufige Interessen der Mitgliedsländer nicht mehr in einem Kompromiss fassbar. Aber immer wieder gelang es auch, durch Diplomatie, Druck und gemeinsame Verantwortung, den toten Punkt zu überwinden. Daran mag man auch jetzt vor dem Gipfel am Donnerstag und Freitag Hoffnung knüpfen. Aber noch nie schien die Achse der Besonnenen und Willigen brüchiger und verwundbarer als heute.

w.braun@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Ein bargeldloser Albtraum

Die aktuelle Diskussion über die Abschaffung von Bargeld irritiert. Unter dem Deckmantel einer vermeintlich effektiveren Verbrechensbekämpfung steht viel mehr auf dem Spiel. Die Forderung gewinnt jetzt an Popularität, weil Zentralbanken mit ihren negativen Zinsen an Grenzen stoßen.

Die Grundidee dahinter ist, dass negative Zinsen uns dazu verleiten sollen, Geld lieber auszugeben als auf dem Konto zu lassen. Sollten die Negativzinsen noch stärker ausgeweitet werden, würden Sparer ihr Geld von der Bank holen und horten. Damit würde das Instrument negativer Zinsen wir-

kungslos werden und vor allem würde das Bankensystem dadurch destabilisiert werden - das will keine Notenbank.

Mit einem Verbot von Bargeld würden Nationalbanken dieses Ausweichen der Bürger verhindern und uns mit negativen Zinsen zum Ausgeben des Geldes zwingen oder konsumfaule Sparer kontinuierlich enteignen. Dabei gehört es zu den wohl bedeutendsten Errungenschaften unseres Wirtschaftssystems, auf gegenwärtige Bedürfnisse zu verzichten und dafür für die Wünsche von morgen zu sparen.



VON TEODORO D. COCCA

Dass dieses Thema gerade jetzt lanciert wird, zeigt, wie sehr das aktuelle Wirtschaftssystem von den Notenbanken geprägt wird. In den vergangenen Jahren hat hier ein überaus bedeutungsvoller Wandel stattgefunden. Die unmittelbar wichtigsten Entscheidungen für unseren Alltag werden nicht etwa in Wien (österreichisches Parlament) oder Brüssel (europäisches Parlament), sondern in Frankfurt, dem Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB), gefällt. Überspitzt formuliert bestimmt EZB-Präsident Mario Draghi inzwischen als oberster

Notenbanker den Wert und Ertrag unseres Geldes und als oberster Bankenaufseher das Schicksal der Banken (und deren gesamte Volkswirtschaften - siehe Griechenland). Eine Machtfülle historischen Ausmaßes.

Man stelle sich vor, welche Konsequenzen es hätte, wenn Mario Draghi als EZB-Präsident in einer bargeldlosen Gesellschaft von heute auf morgen einen negativen Zins von drei Prozent auf unseren Bankkonten durchsetzen würde. Eine Reaktion könnte das Ausweichen auf Gold sein. Neben Bargeld müsste in der Folge auch der Besitz von Gold verboten werden. Doch auch bei einem Goldverbot

könnten sich andere Tauschmittel herauskristallisieren - etwa Zigaretten, Schmuck, Gutscheine - oder es fände ein Ausweichen auf andere Währungen statt. In der Folge müsste der Staat weitere repressive Beschränkungen und Verbote erlassen, um dieses Ausweichmanöver zu verhindern. Dieses Szenario verdeutlicht, warum man sagen kann, dass der Verlust des Bargeldes den Verlust der Freiheit bedeutet. Der Kampf gegen das Bargeld hat begonnen, verlieren dürfen wir ihn gerade jetzt nicht.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der JKU.